

31.10.2011 – Thomas Wieser: Das Agieren des ECOFIN im Zeichen von Finanz- und Wirtschaftskrise und die Folgen der Rezession

(Wien)

Thomas Wieser studierte Ökonomie und absolvierte seine post-graduate Studien in den USA und Wien (Institut für Höhere Studien) mit Schwerpunkten Ökonometrie, Außenhandelstheorie und Ressourcenökonomie. Er gab Lehrveranstaltungen in Mikro- und Makroökonomie. 1982 – 1984 war er in der Internationale Bank für Außenhandel für die Exportfinanzierung tätig, betrieb 1984 – 1985 wissenschaftliche Projektarbeiten, v.a. auf dem Gebiet der Industriepolitik. 1986 –1989 war Wieser im EFTA-Sekretariat Genf angestellt und dort für volkswirtschaftliche Analysen, Außenhandelsfragen sowie für EFTA-EG Kooperation/Verhandlungen auf dem Gebiet der Subventionen zuständig. Ab 1989 war er im österreichischen Bundesministerium für Finanzen im Bereich Wirtschaftspolitik und Europäische Integration tätig sowie im gleichen Zeitraum EFTA- Chefverhandler für Subventionen. Ab 1992 war er Leiter der Abteilung für Koordination Europäischer Integrationsangelegenheiten, ab 1995 stellvertretender Sektionsleiter, Gruppenleiter für Wirtschaftspolitik, EU-Angelegenheiten und Internationale Finanzinstitutionen, ab Oktober 1999 Leiter der Integrations- und Zollsektion, ab April 2002 Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte. 2009 bis 2011 war er Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Europäischen Union und ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Europäischen Finanz-Stabilisierungs-Fazilität (EFSF). Von November 2005 bis April 2009 führte Wieser den Vorsitz des OECD-Finanzmarktkomitees.

Thomas Wieser verfasste zahlreiche Publikationen in in- und ausländischen Zeitschriften zu nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Fragen.

Wieser beginnt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass er nicht nur einen historischen Überblick liefern, sondern auch auf aktuelle Ereignisse eingehen werde.

Zunächst sei Österreich vor seinem Beitritt zur EU im Rahmen der Neutralen (EFTA, Europäische Freihandelsassoziation) abgeschottet gewesen. Vor allem die UdSSR drängte die großen EFTA-Mitglieder zur Neutralität, doch auch mit Italien gab seitens Österreichs Gebietsstreitigkeiten, weshalb auch Italien gegen einen früheren Beitritt des Landes zur EU war.

Seit 1995 ist die Bundesrepublik Österreich Mitglied der EU, und die von Beginn an in allen Mitgliedsstaaten heiß debattierte Frage nach dem Abgeben nationaler Souveränität an Brüssel stellt sich in den letzten Wochen und Tagen dringlicher denn je. Die derzeitige Wirtschaftskrise nennt Wieser die schwerste seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Schuldfrage sei zwar immer schwierig zu beantworten, und für die gegenwärtige komplexe Situation gelte das in besonderer Weise, doch Auslöser der Krise schein die US-amerikanische Geld- und Finanzpolitik der 2000er Jahre gewesen zu sein. In maßloser Selbstüberschätzung glaubte man, die abenteuerlichsten Projekte im Privatsektor finanzieren zu können. Die Risiken – beispielsweise für private Häuserkäufe ohne die geringste Finanzierungsgrundlage – schienen mit rechnerischen Tricks und Umschichtungen fort zu sein, doch sie tauchten dann plötzlich in Europa auf. Nach dem Kollaps überblähter irischer Banken schien das

Problem zunächst ein angelsächsisches zu sein, doch die Bankenaufsicht hatte nirgends in der westlichen Welt funktioniert.

Dies wurde virulent, als die Nationalstaaten der westlichen Welt panische Einzelmaßnahmen ergriffen, ohne dabei zu bedenken, was dies für das Gesamtsystem bedeuten würde. Die Einlagengarantie Irlands beispielsweise zog einen verheerenden Dominoeffekt vor allem in London nach sich. Die Ausweitung der einzelnen Probleme geschah in einigen Fällen innerhalb weniger Tage, in anderen jedoch schon in wenigen Minuten. Die EU hätte hier gemeinsam besser agieren können.

Hinzu kam, dass sich einige Staaten – Ungarn, Lettland und Rumänien – massiv überschuldet hatten und von der EU stabilisiert werden mussten.

Griechenland, das derzeit akuteste Problem, hatte 10% seines Defizites schlicht vertuscht. Griechenland war 2000 mit etwas geschönten Daten in die Eurozone aufgenommen worden, was offenbar von den Verantwortlichen der EU gedeckt wurde. Seitdem konnte der Staat nicht mehr abwerten. Dies führte dazu, dass bei Beibehaltung der bestehenden Privilegien bestimmter Berufsgruppen das Defizit stetig zunahm. Ein derartig unverantwortliches Handeln ist zwar nicht gutzuheißen, aber gleichwohl haben derzeit alle Beteiligten etwas davon, Griechenland zu helfen. Jede denkbare Alternative wäre eine Katastrophe, die zu Bankeneinbrüchen führen würde, die noch weit mehr kosten würden als die jetzigen Hilfspakete für den griechischen Staat.

Schließlich ist auch Portugal Teil der aktuellen Wirtschaftskrise. Hier seien vor allem die privaten Haushalte überschuldet.

Nach den tatsächlichen Gründen für die zuvor aufgezählten Krisensymptomen gefragt, gibt Wieser an, dass diese letztendlich eine Krise des politischen Systems der westlichen Industriestaaten sei. Diese seien nämlich nicht in der Lage gewesen, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Ausdruck dieser Hilflosigkeit sei beispielsweise die wiederholt zu machende Beobachtung, dass einige Staaten ihre Bürger in immer mehr Bereichen subventionierten. Doch mit Billiglohnländern wie China würde man trotz all dieser Maßnahmen doch nie auch nur annähernd konkurrieren können. Lediglich die Staatsverschuldung steige bei derartigen Subventionen immer weiter. In den USA ist diese Finanzblase des nur noch vorgetäuschten Wohlstandes nun geplatzt. Auch das irländische und isländische Modell, in denen einzelne Banken astronomische Schulden aufgehäuft hatten, die die BIPe der betreffenden Nationalstaaten deutlich überstiegen, zeigte sich als Blase und platzte ebenfalls.

Das Grundproblem sei gewesen (und ist es z.T. noch immer), dass die westlichen Regierungen die Probleme zwar kannten, aber nicht zugäben, weil sie dann um ihre Wiederwahl fürchteten. Unser System, so Wieser, sei insgesamt wie ein Ballon, in dem viel zuviel Luft ist. Die Devise des ECOFIN (Europäischer Rat für Wirtschaft und Finanzen, <http://www.consilium.europa.eu/policies/council-configurations/economic-and-financial-affairs.aspx?lang=de>) laute daher, kontrolliert und langsam Luft aus demselben zu lassen. Doch ob, oder wenn ja, wie das geschehen solle, darüber seien sich die europäischen Staaten nicht einig. Zudem würden in den Krisensitzungen immer wieder neue Probleme auftauchen, wie Wieser aus Erfahrung zu berichten weiß.

Im Moment sind folgende Maßnahmen in Bezug auf Griechenland notwendig:

- Die privaten Gläubiger müssen auf 50% der Schulden verzichten, die Griechenland bei ihnen hat.
- Fast 90 europäische Banken müssen rekapitalisiert werden.

- Das zweitgrößte europäische ‚Sorgenkind‘ – Italien – muss ebenfalls sorgfältig überwacht werden. (Griechenlands Verschuldung liegt bei 160% des BIP, diejenige Italiens immerhin auch bei 120%.)

Ob man auch Italien zu billigeren Zinsen verhelfen solle, fragt Wieser. Ob hier nun die Grenzen der europäischen Solidarität erreicht seien. – Italien werde sicherlich nicht um massive wirtschaftliche Reformprogramme herumkommen, und das eigentliche Problem heiße gewiss nicht „Berlusconi“.

Wieser ist sich zwar nicht gewiss, dass der gemeinsame europäische Kraftakt sowohl in Griechenland und in Italien gelingen werde, aber er hält es durchaus für möglich.

Solidarität gebe es nur gegen Eigenleistung. Doch der Schutzschirm der EFSF betrage zur Zeit ein Achtung gebietendes Gesamtvolumen von 1500 Milliarden Euro, die im Erfolgsfall freilich nicht gezahlt werden müssten.

Um die Eurofiskalpolitik künftig effektiver vernetzen zu können, sei es weiterhin notwendig, auf nationale Souveränitäten und Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Zwar sei der Binnenmarkt noch immer inkomplett, aber nur europäische Lösungen könnten überhaupt funktionieren. Vor allem Steuern für die EU seien hier ein heißes Eisen.

Als besondere Herausforderungen für die Zukunft formuliert Wieser:

- aus den Wirtschaftskrisen herauszukommen
- deutliches Wirtschaftswachstum zu generieren
- eine deutlich bessere wirtschafts- und finanzpolitische Koordination herzustellen
- die Ausformulierung neuer Pflichten für die Mitgliedstaaten
- baldestmöglich völlig andere Regeln für das Funktionieren der EU aufzustellen

Der letztere Punkt dürfte, so Wieser, vor allem für Großbritannien zu einem ernsthaften Problem werden. An einem ‚Europa der zwei Geschwindigkeiten‘ führe kein Weg mehr vorbei. Entweder man stimme sich viel enger ab und komme koordiniert gemeinsam voran, oder den europäischen Staaten drohe die weltwirtschaftliche und somit politische Marginalisierung.

Dem Vortrag schloss sich eine ebenso lange, lebhafte Diskussion an, in der viele weitere Aspekte zum vorgetragenen Thema angesprochen wurden. Auf die Frage nach den Unterschieden der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zur historischen ‚Weltwirtschaftskrise‘ von 1929 entgegnet Wieser, dass es heute weit mehr Absprachen zu den aufkommenden Problemen gebe. Man habe im Gegensatz zur Vorgängerkrise sofort eingegriffen und die Banken gerettet, statt den Dingen ihren ‚natürlichen‘ Lauf zu lassen. Wenn Banken heute Geld erhalten, dann allerdings auch nur gegen Auflagen.

Als Ursache für die schlechte Steuerzahlmoral der Griechen sieht Wieser die zahlreichen Fremdherrschaften, denen das Land ausgesetzt war. Damals bildete sich die Haltung heraus, dass es nicht einzusehen sei, dem osmanischen Staat Steuern zu zahlen – oder den bayerischen Wittelsbachern.

Zum Europäischen Parlament (<http://www.europarl.de/view/de/index.html>) äußert sich Wieser vorsichtig kritisch. Es habe mit demokratischen Strukturen bislang wenig zu tun, so dass gerade hier eine Strukturreform notwendig sei. Denn wenn demokratisch legitimierte Staaten an das Parlament – wie es sich derzeit darstellt – Rechte abgebe, dann drohten sie dort bislang „in einem schwarzen Loch“ zu verschwinden.

Nach dem Plan B des ECOFIN zur Bewältigung der Wirtschaftskrise gefragt, gibt der Referent rundweg zu, dass es eigentlich noch nicht einmal einen Plan A gebe. Man bediene sich hier und da, je nachdem, was gerade zur Hand sei, und stelle dies im

Nachhinein dann gern als einen kohärenten Plan dar. Aber im Moment des Agierens treffe dies eigentlich nicht zu. Dazu müsse oft alles viel zu schnell gehen.

Nach Sarkozys kürzlichem Ausspruch befragt, dass die Franzosen zukünftig „deutscher werden müssten“, stimmt Wieser zu, dass das in der Krise immer deutlicher hervortretende wirtschaftliche Gefälle zwischen Deutschland und Frankreich in der Tat abgebaut werden müsse. (Und damit könne nicht gemeint sein, dass die Deutschen in Zukunft weniger effektiv arbeiten sollen.) Sonst stocke der Motor der EU.

Danach befragt, ob es nicht auch eine Wirtschaftskrise in Asien gebe – immerhin habe Japan eine Verschuldung von 200% des BIP – gibt der Referent zu bedenken, dass hier die Verhältnisse anders seien. Private und auch Firmen verfügten in Japan über beträchtliche Vermögen, so dass Japan sich die hohe Verschuldung im Gegensatz zu anderen Industriestaaten trotz einer gegenwärtigen wirtschaftlichen Wachstumskrise leisten könne.

Auf die Frage, ob mit der gegenwärtigen Krise das gesamte westliche kapitalistische System abgewirtschaftet habe, meint Wieser, dass dem nicht so sei. Wer seriös wirtschaftete, könne in diesem System durchaus ein gesundes Wirtschaftswachstum erlangen.

Auf die Frage, ob eine Inflation des Euro drohe, beruhigt der Referent, dass diese kein Drama sei, wenn sie sich in Maßen halte.

Zu Angela Merkels Agieren in der Krise befragt lobt er, dass sie sich im Gegensatz zu manchen anderen Staatschefs auf die Sitzungen stets sehr gut vorbereite und methodisch an die Probleme herangehe.